

Stellungnahme der SPD-Kreistagsfraktion zur Verabschiedung des Haushaltes 2019 in der Sitzung des Kreistages am Montag, den 25. Februar 2019.

Es spricht die Vorsitzende der SPD-Fraktion Liane Fülling.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat Adenauer,
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
Meine Damen und Herren,

Im vergangenen November haben Sie – Herr Adenauer - den vorgelegten Haushalt mit einem Menü verglichen, ich möchte meine Ausführungen heute mit einem kleinen Appetizer beginnen.

Immer passend zur Verabschiedung des HH legen Sie Herr Landrat Ihre Nebeneinkünfte offen. So titelte eine hiesige Zeitung: „84.697,07 Euro verdient LR Adenauer nebenher“ ein ordentlicher Schluck aus der Pulle. Wobei es verschiedene Flaschen – sprich Institutionen – sind, aus denen ihnen etwas zufließt.

Es ist müßig, darüber zu diskutieren, ob diese Zahlungen rechtens sind. Doch darüber, ob diese Zahlungen berechtigt sind, schon. Deshalb hat die Zeitung sicher gerade ein Bild von Ihnen gewählt, mit dem Daumen nach oben. Ein Zeichen für alles richtig gemacht.

Ich möchte an dieser Stelle die Zahl mal ein wenig einordnen. Da steht im Artikel und in der Vorlage, dass die Gelder versteuert werden – super. Diese 85.000,- Euro sind in der normalen Welt, mehr als eine Menge Geld. Wissen Sie wie hoch das durchschnittliche Bruttoentgelt der gesetzlich Versicherten ist? Nicht 80, nicht 70, nicht 60, nicht 50 und auch nicht 40.000 tausend Euro. Im Jahr 2018 werden im Durchschnitt 37.873 Euro angesetzt. Das ist aber das Gehalt, das nicht nur versteuert, nein davon wird die Krankenversicherung, Pflegeversicherung und die Altersversorgung geleistet. UND der gesamte Lebensunterhalt bestritten. Doch wir reden hier nicht über den Durchschnitt von 85.000 Euro nebenher, mit diesem Einkommen zählt man zu den Topverdienern. Auch wir hier im Kreistag sehen das so, wenn es z.B. um die Eingruppierung in die Beitragstabellen für die Kindertageseinrichtungen geht. Jahreseinkommen über 75.000,- Euro zahlen den Höchstsatz. Entsprechen diese

85.000,- Euro dem durchschnittlichen Einkommen unserer Bürgerinnen und Bürger im Kreis Gütersloh, müssten wir uns in vielen Bereichen nicht so den Kopf machen.

Beispiel – Sozialticket

Die Geburtswehen zogen sich in der Kreispolitik über Monate/Jahre und die neue Landesregierung wollte dann im vergangenen Jahr eigentlich für einen Abbruch sorgen. Das wurde erfolgreich unterbunden. Das Kind ist inzwischen 7 Monate alt und gedeiht prächtig. Die Planzahlen sind weit übertroffen.

Überhaupt entwickelt sich der Bereich des ÖPNV in die richtige Richtung. Mit der von uns initiierten Umstellung bei den Vergaben der Linienbündel auf das Bruttoprinzip sind wir in der Lage, auf Veränderungen des Nutzerverhaltens zeitnah zu reagieren. Die Abhängigkeit vom „Wohllollen“ der beauftragten Firmen ist vorbei.

Ein Ärgernis ist weiterhin der Dschungel der Tickettarife und die Höhe der aufgerufenen Preise für eine Busfahrt. Zwar gibt es Bewegung in Richtung marktgerechter Ticketpreise. Doch meine Fraktion sieht hier schon die Notwendigkeit einen Gang hochzuschalten. Auf dem Papier sind wir uns doch einig. In dem einstimmig auf den Weg gebrachten NVP – Nahverkehrsplan - heißt es: „ Das Tarifsysteem spielt eine Schlüsselrolle bei der Akzeptanz und dem Zufriedenheitsgrad mit dem ÖPNV.“

Vor 4 ½ Jahren hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft mit der Gütersloher Erklärung den Fokus auf die Reaktivierung der TWE Strecke gelenkt. Damals hatten wir alle gemeinsam die Hoffnung, dass heute schon Personenzüge von Harsewinkel nach Verl auf dem Gleis sind. Leider – die Züge fahren noch nicht. Doch wurden nun endlich die Weichen in die Richtung gestellt, die Signale stehen auf grün und ich persönlich bin sicher, zum Ende der kommenden Wahlperiode können wir mit dem Zug von Verl und Harsewinkel über Gütersloh das regionale wie auch bundesweite Bahnangebot praktisch erreichen.

Mindestens – wenn nicht noch wichtiger – ist es, die Verkehrswende im Bereich Nahmobilität im Kreis sowie den Städten und Gemeinden praktisch zu gestalten. Mit unserer Mobilitätsstrategie haben wir uns Ziele gesetzt: 2030 60 Prozent der Wege zu Fuß, mit dem

Fahrrad und/oder dem Bus machen zu können und bis 2050 dieses „Modal-Split“ genannte Verhältnis auf 70 zu 30 zu steigern.

Wir wünschen uns hier eine noch anspruchsvollere Zielsetzung und eine schnellere Umsetzung.

Wir sind allerdings auf den richtigen Wegen unterwegs.

Wir haben die Position des Mobilitätsmanagers erfolgreich nachbesetzt - das Alltagsradwegenetz wird gesponnen und es ist gut, dass der Kreis an dieser Stelle die Kommunen mit sicheren und schnellen Radwegen verbinden wird.

Ziel muss sein, den Anteil des Fahrradverkehrs im Modalsplit nachhaltig anzuheben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle kann jede/jeder seinen persönlichen Beitrag leisten. Nach statistischen Untersuchungen liegt der Anteil der PKW Nutzungen - für eine Wegstrecke unter einem Kilometer - bei 42 %. Für Strecken von 2-5 km steigt der Anteil der PKW Nutzung auf 72 %.

Daher nur Mut, fangen Sie einfach an, holen Sie z.B. nicht nur die Brötchen am Wochenende mit dem Rad.

Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen

Gemeinsam machen wir mehr möglich. So lässt die gemeinsame Lösungskompetenz von Bund, Land, Kreis und Kommune uns Sozialdemokraten hoffen, dass mit dem Teilhabechancengesetz eine echte Veränderung der Lebenswirklichkeit der Langzeitarbeitslosen bei uns im Kreis Gütersloh eintritt. Mit Lohnkostenzuschüssen, Weiterbildungsförderung und begleitender Sozialarbeit, müssen die Betriebe im Kreis motiviert sein zu handeln und Langzeitarbeitslosen eine Chance geben und den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben ermöglichen.

Neben der finanziellen Unterstützung durch den Bund, sieht meine Fraktion durchaus Potential weitere Stellen zu schaffen. Wir sehen in einer Haushaltstelle, aus der z.B. die Ersteinrichtung eines Arbeitsplatzes gefördert werden könnte, die Möglichkeit bei weiteren Arbeitgebern die Überlegung - nehme ich an diesem Prozess teil – positiv zu entscheiden.

Der Antrag wurde für diesen Haushaltsplan zurückgestellt und wir warten die weitere Entwicklung gespannt ab. Es war und ist unser gemeinsames Ziel an dieser Stelle vorbildlich zu handeln. Der Kreis Gütersloh als Arbeitgeber macht es vor. Inzwischen wurden 5 Bereiche (Archiv, Hausmeistertätigkeit, Ordnung, Jobcenter und Veterinärwesen) identifiziert und die

Auswahlgespräche können beginnen, damit möglichst im Frühjahr die beschlossenen Stellen besetzt sind.

Dem Jobcenter stehen in diesem Jahr über 14 Millionen Euro für „Leistungen zur Eingliederung nach dem SGBII“ zur Verfügung. Diese Mittel gilt es zielgerichtet ein zu setzen. Sie müssen bei den Menschen ankommen, dabei gilt es zu beachten: Keine Schaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, keine Verdrängungseffekte regulärer Arbeit.

Zur Sicherung eines erfolgreichen Berufslebens gehört die Bildung und unsere Berufskollegs übernehmen einen wichtigen Part.

Tausende Jugendliche erhalten in unseren Berufskollegs das notwendige Rüstzeug – dazu gehört selbstverständlich die entsprechende schulische Ausstattung.

Und wenn meinen Kolleginnen und Kollegen notwendige naturwissenschaftliche Räume sich bei der Besichtigung, wie ein Sprung zurück in die Steinzeit präsentieren, dann sind wir aufgerufen zu handeln. Fatal ist es, wenn Sie Herr Landrat eine Abwägung zwischen digital und Reagenzglas einfordern. Ich darf heute für meine Fraktion ankündigen, für den Fall, dass der Weg über eine alternative Finanzierung der naturwissenschaftlichen Räume am Reckenberg ins Leere geht, werden wir entsprechende Mittel für den Haushalt 2020 fordern.

Ein Dauerbrenner bleibt der Kitausbau und das obwohl im letzten Jahr zwar viele neue Einrichtungen im Kreis an den Start gingen, weitere geplant oder mit der Errichtung begonnen wurde.

Doch gesetzliche Rahmenbedingungen des Landes und der in allen Bereichen – ebenso in den Kitas - spürbare Fachkräftemangel lässt Träger Zurückhaltung üben.

Ähnlich der Ausbildung der Pflegeberufe bedarf es auch bei der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher eines zusätzlichen Anschubs. Schöne neue Räume bleiben sonst ungenutzt oder werden gar nicht erstellt, weil die erforderliche pädagogische Begleitung unserer Kleinsten nicht gelingt.

Meine Damen und Herren,

Vermutlich ist haben sich alle Kreistagsmitglieder, Verwaltungsmitarbeitende, die Besucherinnen und Besucher der heutigen Kreistagssitzung mit Bekanntwerden der

schrecklichen Vorkommnisse, des in in diesem Ausmaß unfaßbaren Missbrauchsfalls in Lügde gefragt – Wäre es auch im Kreis Gütersloh möglich?

Wir sind sicher, dass Frau Koch und Frau Rhode ihre Strukturen im Jugendamt nochmals penibel beleuchtet haben. Sollte es jedoch Bedarfe geben – halten Sie sich bitte aufgrund anderer Sachzwänge nicht zurück. Ein 2. Lügde im Kreis Gütersloh darf es nicht geben und wir sind alle aufgefordert, dies zu verhindern.

Herr Landrat im vergangenen November haben Sie im ersten Teil der Rede einen besonderen Focus auf die Gefährdung des Rechtsstaates gelegt. Im deutschen Bundestag ist in der vergangenen Woche der Gesetzentwurf zur Errichtung der Stiftung Forum Recht von CDU/CSU, FDP, Bündnis90/Die Grünen und SPD eingebracht worden. Ziel ist den Wert und die Bedeutung des Rechtsstaates stärker im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern. In diesem Sinne haben Sie im vergangenen November gefolgert „ Wir brauchen keine Wutbürger, sondern engagierte Bürger ... und wir müssen zeigen, dass die Lösungskompetenz bei denen liegt, die als Demokraten das Mandat der Bürgerschaft dafür erhalten haben“

Politik muss nachvollziehbar bleiben. Warum bieten wir eigentlich den Schülerinnen und Schülern der oberen Jahrgänge unserer kreiseigenen Schulen nicht die Möglichkeit spielerisch Politik zum Anfassen und Mitmachen? Die parteinahen Stiftungen FES Friedrich Ebert Stiftung und die KAS Konrad Adenauer Stiftung bieten hierzu zum Beispiel erprobte Konzeptionen.

Am 26. November haben wir als Kreistag die Europa Erklärung Kreis Gütersloh verabschiedet – leider nicht einstimmig. Im Januar gab es die Unterzeichnung in der Öffentlichkeit und Jede/Jeder kann unten im Foyer des Kreishauses mit seiner Unterschrift ein Zeichen für ein Europa des Zusammenlebens in Frieden, für Vielfalt und Völkerverständigung setzen. Die SPD Fraktion sagt JA! Zu einem zukunftsfähigen Europa. Wir rufen Bürgerinnen und Bürger auf, nehmen Sie im Mai ihr Wahlrecht wahr. Stärken Sie ein demokratisches Europa, dass auch für uns im Kreis Gütersloh beiträgt für eine friedliche Zukunft abseits von reaktionären Nationalismus und Populismus.

Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich bei allen Mitarbeitenden des Hauses für die angenehme und wohlwollende Unterstützung bei den Haushaltsplanberatungen und die SPD Fraktion sagt Ja zur Verabschiedung des überarbeitenden Haushaltplanentwurfs.